

Impulse

für Wirtschaft und Politik



AIHK vereint 2163 Unternehmen

Aargauer Wirtschaft: Besser als der Schweizer Schnitt

Klimafonds-Initiative: teuer und nicht nachhaltig

Abstimmungsvorschau 2026: Dichtes Programm



5 AKTUELL

AIHK vereint 2163 Unternehmen

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres konnte die Aargauische Industrie- und Handelskammer 67 neue Mitglieder aufnehmen, über das ganze Jahr gesehen waren es 126. In Folge von Fusionen, Liquidationen, Konkursen oder Geschäftsaufgaben kam es im Jahr 2025 zu 91 Abgängen. Damit zählt die AIHK zum Jahresbeginn 2026 total 2163 Mitgliedunternehmen.

7 WIRTSCHAFT

**Aargauer Wirtschaft:
Besser als der Schweizer Schnitt**

Die Schweizer Kantone unterscheiden sich in ihrer Wirtschaftsstruktur und -entwicklung. Neu gibt es dazu auch Daten in Form des Swiss RECo Index.



9 POLITIK

**Klimafonds-Initiative:
teuer und nicht nachhaltig**

Anfang März 2026 kommt die Klimafonds-Initiative zur Abstimmung. Sie sieht jährliche Zusatzausgaben von bis zu zehn Milliarden Franken vor, umgeht die Schuldenbremse und bringt trotzdem wenig zusätzliche Klimawirkung.



10 POLITIK

Abstimmungsvorschau 2026: Dichtes Programm

Das Abstimmungsjahr 2026 bringt eine aussergewöhnliche Dichte an eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen. Einige Vorlagen werden wegweisend sein für die Qualität des Wirtschaftsstandorts Schweiz.



Startklar für den Abstimmungs-Marathon



«Nur wenn möglichst viele Beteiligte Farbe bekennen, können Vorlagen erfolgreich abgewehrt werden.»

Individualbesteuerung, SRG-Initiative oder auch die Chaos-Initiative: Es stehen dieses Jahr gewichtige Vorlagen zur Abstimmung an der Urne an. Es ist davon auszugehen, dass die Stimmberechtigten national über mehr als ein Dutzend Sachfragen entscheiden können. Auch kantonal ist mit drei Abstimmungsvorlagen zu rechnen. Hier den Überblick zu behalten ist nicht einfach – es lohnt sich aber, sich mit den Vorlagen auseinanderzusetzen, denn viele Themen sind von hoher wirtschaftspolitischer Relevanz. Deshalb haben wir in dieser Impulse-Ausgabe eine Auslegeordnung erstellt und die unterschiedlichen Abstimmungsvorlagen aufgeführt und erklärt.

Haben Sie sich beispielsweise schon über die Klimafonds-Initiative informiert? Diese steht für den 8. März 2026 auf dem Abstimmungsplan. Diese Initiative verlangt, dass bis zu 10 Milliarden Franken pro Jahr zusätzlich für Klimaschutzmassnahmen ausgegeben werden. Versteckt werden diese Mehrausgaben über einen Fonds – zahlen müssen es am Schluss die Steuerzahlenden. Der Nutzen? Fraglich, denn die Schweiz verfügt bereits heute über ein breites Spektrum an Klimaschutzinstrumenten.

Diese Initiative steht nur beispielhaft für die vielen volkswirtschaftlich relevanten Vorlagen, über die wir 2026 abstimmen. Auch die AIHK wird sich bei der Klimafonds-Initiative und der Chaos-Initiative aktiv im Abstimmungskampf engagieren und sich damit für die Aargauer Wirtschaft und deren Unternehmen einsetzen. Wir setzen hier auch auf Ihre Unterstützung: Denn nur wenn möglichst viele Beteiligte Farbe bekennen und sich aktiv einsetzen, können Vorlagen, die der Wirtschaft schaden, erfolgreich abgewehrt werden.

Ich bedanke mich bereits jetzt für Ihr Engagement.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Bechtold".

Beat Bechtold
Direktor

AIHK Jahresversammlung 2026 im Trafo Baden

Die AIHK lädt am Donnerstag, 7. Mai 2026 ab 17 Uhr im Trafo in Baden zur Jahresversammlung ein. Diese bietet interessante Referate, ein unterhaltsames Rahmenprogramm und Zeit für den Austausch.



AIHK Direktor Beat Bechtold bei seinem Referat an der Jahresversammlung 2025 im Trafo in Baden.

Zollverhandlungen, demografischer Wandel und wirtschaftliche Trends: Es sind umfassende Themen, welche die Schweizer und auch die Aargauer Wirtschaft sowie die Arbeitswelt derzeit nachhaltig prägen. Mit diesen grossen wie auch mit weiteren spezifisch regionalen Fragestellungen befasst sich die AIHK Jahresversammlung 2026. Diese findet am Donnerstag, 7. Mai

2026, im Kongresszentrum Trafo in Baden statt.

Die Teilnehmenden erwarten ein abwechslungsreiches Programm. Dieses umfasst neben einem spannenden Inputreferat von Roger Süess, CEO des Green Datacenters auch einen Rück- und Ausblick von AIHK-Präsidentin Marianne Wildi zum ver-

gangenen und kommenden Geschäftsjahr. Anschliessend beleuchtet Direktor Beat Bechtold die aktuelle Lage der Aargauer Wirtschaft und zeigt zentrale Entwicklungen, Trends und Perspektiven auf.

Ein musikalisches Unterhaltungsprogramm mit dem Aarauer Musiker Nick Mellow sowie die Moderation durch SRF-Journalistin Katharina Locher sorgen für einen ansprechenden Rahmen. Das anschliessende Flying Dinner bietet Raum für Gespräche, Networking und einen angeregten Austausch unter den Anwesenden.

Die Jahresversammlung beginnt um 17 Uhr. Bereits ab 16 Uhr findet die jährliche Generalversammlung der AIHK statt. Die Einladungen zu beiden Anlässen werden im März auf elektronischem Weg versendet.

AIHK befürwortet neuen Digital Innovation Hub

Die AIHK unterstützt die Gründung des «European Digital Innovation Hub Nordwestschweiz». Dieser unterstützt Unternehmen und soll unter anderem die Lücke zwischen Forschung und Innovation schliessen.

In einem «Letter of Support» hat sich die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) Ende November für die Gründung des «European Digital Innovation Hub (EDIH) Nordwestschweiz» ausgesprochen. Damit soll die Lücke zwischen Forschung und Innovation in Bezug auf die digitale Transformation von Unternehmen in der Nordwestschweiz geschlossen und deren digitale Marktfähigkeit gestärkt werden. Der EDIH soll von der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) geführt werden.

Aargau erneut Spitzenreiter im Freiheitsindex

Der Aargau führt erneut im Avenir Suisse-Freiheitsindex. Der Kanton punktet mit den meisten gesellschaftlichen und zweitmeisten wirtschaftlichen Freiheiten und weist eine solide Entwicklung auf.

Der Aargau belegt im aktuellen Freiheitsindex von Avenir Suisse erneut den Spitzensplatz. Der Kanton gewährt die meisten gesellschaftlichen und die zweitmeisten wirtschaftlichen Freiheiten. Grundlage dafür ist laut Avenir Suisse eine durchwegs solide Entwicklung. Damit diese Position gehalten werden kann, braucht es verlässliche politische Rahmenbedingungen: weniger Regulierung und Abgaben, eine leistungsfähige Infrastruktur und Zurückhaltung bei neuen sozialpolitischen Versprechen zulasten der Unternehmen.

Lehrstellenbörse 2026: Jetzt anmelden!

Die Lehrstellenbörse von ask! findet am 1. April 2026 im KuK Aarau statt. An der Messe können Unternehmen unkompliziert mit jungen Talenten in Kontakt treten. Die Anmeldung ist weiterhin möglich.

Sich auf Augenhöhe begegnen und in offener Atmosphäre kennenlernen: Genau das ermöglicht die Lehrstellenbörse. Der Anlass, organisiert von ask! – Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf bringt Betriebe mit offenen Lehrstellen für August 2026 mit Jugendlichen zusammen, die noch auf der Suche nach einer passenden Stelle sind. Die Veranstaltung findet am 1. April 2026 im KuK in Aarau statt. Die Teilnahme ist kostenlos. Weitere Informationen und Anmeldung auf www.beratungsdienste.ch/lehrstellenboerse.

AIHK vereint 2163 Unternehmen

In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres konnte die Aargauische Industrie- und Handelskammer 67 neue Mitglieder aufnehmen, über das ganze Jahr gesehen waren es 126. In Folge von Fusionen, Liquidationen, Konkursen oder Geschäftsaufgaben kam es im Jahr 2025 zu 91 Abgängen. Damit zählt die AIHK zum Jahresbeginn 2026 total 2163 Mitgliedunternehmen.

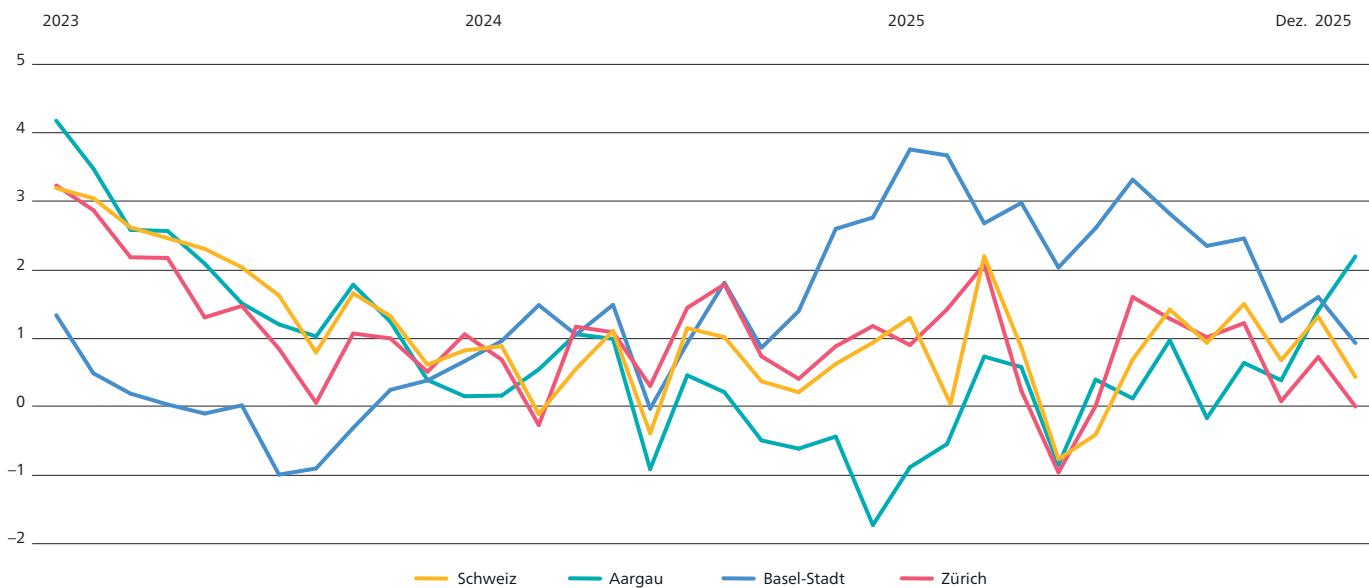


Der AIHK Neumitgliederanlass fand 2025 in Bremgarten statt. Dort konnten die neuen Mitglieder die AIHK noch besser kennenlernen.

- Aargauischer Musikverband, Brittnau
- acsono AG, Vordemwald
- Aerometrik AG, Möhlin
- Agentur James GmbH, Meisterschwanden
- Aquilana Versicherungen Baden, Baden
- AZ Regionalfernsehen AG, Aarau
- AZ Regionalfernsehen AG, Bern
- AZ Vertriebs AG, Aarau
- Birkhäuser + GBC AG, Reinach
- Daniel Bitterli GmbH, Olten
- BOXs AG, Buchs
- BrainE4 AG, Besenbüren
- CH Media Print AG, St. Gallen
- CH Media Print AG, Zweigniederlassung Aarau, Aarau
- CH Media TV AG, Zürich
- CH Regionalmedien AG, Aarau
- CH Regionalmedien AG, Zweigniederlassung Luzern, Luzern
- CH Regionalmedien AG, Zweigniederlassung St. Gallen, St. Gallen
- CH Regionalmedien AG, Zweigniederlassung Zürich, Zürich
- Coctana GmbH, Aarau
- Confema GmbH, Sisseln
- consulting 269 KmG, Baden
- DIALOG VERWALTUNGS-DATA AG, Hochdorf
- Danieli Rechtsberatung & Advokatur, Aarau
- Diethelm Fassadenbau AG, Bremgarten
- DryIso AG, Zofingen
- Euler Films, Baden
- event 3 GmbH, Fischbach-Göslikon
- FE Agentur AG, Baden
- Fortuvo GmbH, Rudolfstetten-Friedlisberg
- Frehner Consulting, Gipf-Oberfrick
- Garage Meisel AG, Leuggern
- GRANU Nutzfahrzeuge AG, Zetzwil
- Grato Holding AG, Baden
- MLaw Dominik Greder, Baden
- Grizzly-Dienstleistungen Andreas Liebi, Oberhof
- Hamero Immobilien AG, Aarau
- Hasler AG, Aluminiumveredelung, Gebenstorf
- HAVECO AG, Zofingen
- Heimat Pictures AG, Aarburg
- Hubschmid AG, Kies- und Betonwerk, Niederwil
- Hubschmid Erdbau AG, Niederwil
- Hubschmid Logistik AG, Niederwil
- IAR Group AG, Zofingen
- invicto holding ag, Aarau
- Köpfer Solutions, Untersiggenthal
- Lion7 Helfenstein, Seengen
- Mathys Treuhand & Consulting, Schöftland
- MechaGen GmbH, Oftringen
- Neuwert Gruppe GmbH, Meisterschwanden
- Noser Engineering AG, Basel
- Passiflora Gesundheit & Therapie GmbH, Menziken
- Planea AG, Villmergen
- Radio Central AG, Luzern
- Raiffeisenbank Regio Frick-Mettauertal Genossenschaft, Frick
- Recyclingcenter Freiamt AG, Niederwil
- Resoplan AG, Brugg
- RIBAG Holding AG, Safenwil
- SNT AG, Oftringen
- Swiss Analog AG, Schmiedrued
- Tele 1 AG, Luzern
- Toggenburg Medien AG, Wattwil
- Torgen GmbH, Spreitenbach
- TVO AG, St. Gallen
- WAGNER health AG, Baden
- Werft22 AG, Baden
- Winkler Holzbiegewerk AG, Leuggern

Aargauer Wirtschaft: Besser als der Schweizer Schnitt

Die Schweizer Kantone unterscheiden sich auch in ihrer Wirtschaftsstruktur und -entwicklung. Neu gibt es dazu auch Daten in Form des Swiss REco Index.



Wachstumsrate des Swiss REco-Index (im Vergleich zum Vorjahresmonat in Prozent). Die Aargauer Wirtschaft hat eine langanhaltende Durststrecke hinter sich. Im November zeigt sich jetzt aber eine Trendwende.
Quelle: Swiss REco Index (2025)

In welchem Kanton läuft es wirtschaftlich gut? Welcher Kanton hat stärker zu kämpfen? Lange Zeit konnten solche Fragen nicht anhand von wissenschaftlichen Daten erklärt werden. Diese Lücke füllt nun der Swiss Regional Economic (Swiss REco) Index. Dieser wurde von der Fachhochschule Graubünden zusammen mit verschiedenen Wirtschaftspartnern entwickelt. Anhand von schweizweit verfügbaren Daten kann nun monatlich das Wirtschaftswachstum geschätzt werden. Der Swiss REco Index basiert auf unterschiedlichen Datenquellen wie LKW- und PKW-Verkehr, Arbeitsmarkt- und Handelsdaten (Import und Export nach Branchen), Stromkonsum, Zahlungstransaktionen und Logiernächten. Die Genauigkeit im Vergleich zur Entwicklung des Bruttoinlandprodukts (BIP) ist verblüffend. Da die BIP-Daten auf kantonaler Ebene nur mit zweijähriger Verzögerung verfügbar sind (aktuell sind es Daten von 2023) bietet der Swiss REco Index mit einer Verzögerung von nur einem Monat einen echten Mehrwert. Zudem stützt er sich nicht auf Umfragedaten, sondern auf gemessene Daten ab.

Trendwende im Aargau

Ein Blick auf die Aargauer Zahlen des Swiss REco Index zeigen im November eine erfreuliche Trendwende: Die Aargauer Wirtschaft ist im November 2025 gegenüber dem Vorjahresmonat (November 2024) um 1,46 Prozent gewachsen. Damit entwickelt sich die Wirtschaft im Aargau erstmals seit langer Zeit (mit einer kleinen Ausnahme im Mai 2025) wieder besser als der Schweizer Durchschnitt. Dieser Trend setzt sich im Dezem-

men überdurchschnittlich industriell und haben folglich einen hohen Exportanteil. Die schleppende Wirtschaftsentwicklung im Ausland macht sich im Aargau folglich stärker bemerkbar als in Kantonen mit grösserem Dienstleistungssektor.

Erster Risikofaktor: Export

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung gegen Ende des Jahres 2025 gibt es einige Risikofaktoren. Das Wachstum der Exporte der Aargauer Unternehmen ist

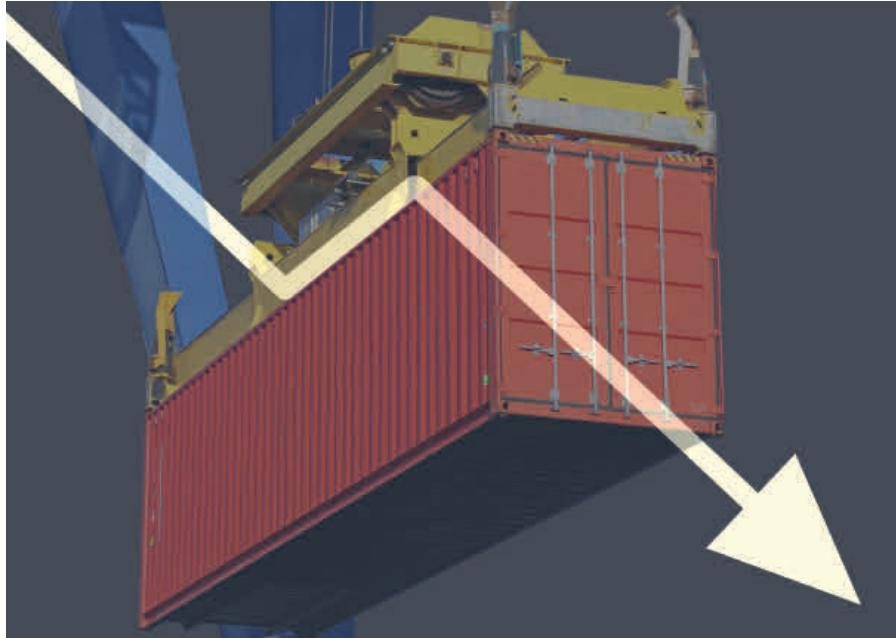


Um 15

Prozent hat die Anzahl der ausgeschriebenen Stellen im Dezember 2025 gegenüber dem Vorjahr abgenommen.

ber mit einem überdurchschnittlichen Wachstum von 2,23 Prozent fort. Für eine Entwarnung ist es aber noch zu früh: Einerseits ist das Wachstum auf den BIP-Rückgang Ende 2024 zurückzuführen, andererseits sind die Aargauer Unterneh-

men seit längerer Zeit – mit wenigen Ausnahmen – immer rückläufig. Teils sogar deutlich (etwa im Juli 2025 mit fast minus 14 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat). Ein Blick auf die Entwicklung der realen Exporte gegenüber den



Die Exporttätigkeit der Aargauer Unternehmen ist seit längerer Zeit rückläufig.



Um 12

Prozent hat die Arbeitslosigkeit im November 2025 gegenüber dem November 2024 zugenommen.

wichtigsten Handelspartnern des Aargaus – insbesondere Deutschland – bestätigen dieses Bild. Seit 2023 ist das Wachstum in diesem Bereich mit einigen Ausnahmen fast durchwegs negativ. Dagegen haben sich die Exporte in die USA, trotz den hohen Zöllen im Jahr 2025, positiver entwickelt. Auch wenn diese in den Sommermonaten gegenüber dem Vorjahr deutlich eingebrochen sind und das stark positive Wachstum im Frühling auf die Pharma- und Chemieexporte zurückzuführen ist. Denn die Pharmafirmen haben aufgrund der angekündigten Zölle möglichst viel Ware in die USA transportiert.

Zweiter Risikofaktor: Arbeitsmarkt

Auch der Arbeitsmarkt entwickelt sich nicht wie gewünscht. Die Arbeitslosigkeit steigt seit einem Jahr. Den grössten Zuwachs Stellensuchender gegenüber dem Vorjahresmonat gab es in den Branchen Information und Kommunikation, Bau sowie Finanzen und Versicherungen. Ebenso ist die Anzahl ausgeschriebener Stellen rückläufig.

Die Lage bleibt angespannt

Gegen Ende Jahr 2025 verzeichnetet der Aargau seit längerer Zeit erstmals wieder ein überdurchschnittliches Wachstum. Die allgemeine Lage bleibt aber weiterhin angespannt. Mit der Absichtserklärung, die US-Zölle auf 15 Prozent zu senken, dürfen wir jedoch auf weitere positive Impulse für die Wirtschaft hoffen.

Bereits in der kommenden Impulse-Ausgabe werden wir die Resultate der diesjährigen Wirtschaftsumfrage präsentieren, welche sich vertieft den Auswirkungen der US-Zölle widmet.



Sebastian Rippstein

Wirtschaftspolitischer Mitarbeiter

10. Februar 2026

Kurs «Künstliche Intelligenz im Arbeitsverhältnis»

Experten stellen Tools für den HR-Alltag vor und zeigen, wie diese implementiert werden können. Zudem erhalten Sie einen Überblick über die rechtlichen Anforderungen beim Einsatz von KI im Arbeitsalltag.

17. Februar 2026

Reparatursendung im Export / Import

In diesem halbtägigen Webinar beantwortet Janine Lehmann zollrechtliche Fragestellungen, die spezifisch Reparatursendungen, Ersatzteil-, Garantielieferungen und Rücksendungen betreffen.

26. Februar 2026

Basisseminar Export

In diesem Einsteigerkurs erfahren Sie, worauf bei der Erstellung von Exportsendungen und -papieren zu achten ist. Zudem lernen Sie die grundlegenden Anforderungen an den Export im Unternehmen kennen.

17. März 2026

Seminar «US-Zölle»

Das Seminar vermittelt einen aktuellen Überblick über die US-Zollsituations nach der Absichtserklärung zwischen der Schweiz, Liechtenstein und den USA. Mit Fachinput, Beispielen und aktivem Austausch.

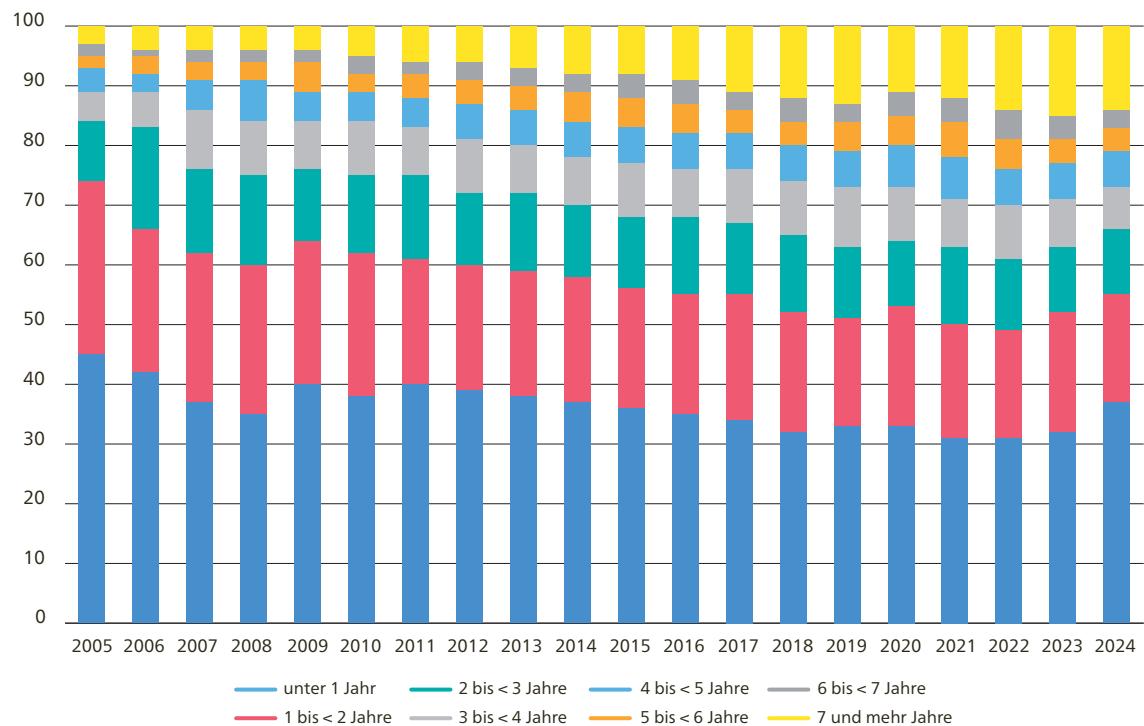
Mitglieder der AIHK profitieren von einem Vorzugspreis. Weitere Informationen und Anmeldungen unter: www.aihk.ch/agenda

Ziel: Raus aus der Sozialhilfe

Die JSVP will mir der Initiative «Arbeit muss sich lohnen» Langzeitbeziehende von Sozialhilfe dazu motivieren, wieder einer Arbeit nachzugehen. Nach zwei Jahren soll der Grundbedarf um 5 Prozent sinken.

Sozialhilfebezug nach Dauer: Über den Zeitraum von 20 Jahren gesehen, hat der Anteil Langzeitbeziehender – mit Ausnahme der letzten beiden Jahre – deutlich zugenommen.

Quelle:
Statistik Aargau (2025)



Die Initiative «Arbeit muss sich lohnen» nimmt ein zentrales Anliegen der Wirtschaft auf: Erwerbsarbeit muss gegenüber den Sozialleistungen attraktiv bleiben. In Zeiten eines allgemeinen Arbeitskräftemangels ist es wichtig, dass möglichst alle, die einer Arbeit nachgehen können, dies auch effektiv tun. Die Initiative der Jungen SVP (JSVP) definiert zudem zahlreiche Ausnahmen, die nicht von der pauschalen Kürzung betroffen wären. Dazu gehören unter anderem Kinder unter 18 Jahren, Mütter und Väter mit Kindern unter vier Monaten, bereits Erwerbstätige, Personen in Ausbildung oder Personen mit einer 70 Prozent ärztlich attestierte Arbeitsunfähigkeit sowie weitere begründete Ausnahmefälle (nicht abschliessend).

Mehr Langzeitbeziehende

Ein Blick auf die Sozialhilfestatistik des Kantons Aargau zeigt zunächst Erfreuliches: Die Sozialhilfequote ist über den Zeitraum von 2005 bis 2024 um 0,3 Pro-

zent gesunken (2005: 1,9 Prozent, 2024: 1,6 Prozent). Trotz Rückgang der Sozialhilfequote zeigt sich über die Jahre eine negative Entwicklung in Bezug auf die Dauer des Sozialhilfebezugs. Die Anzahl Personen, welche sieben und mehr Jahre Sozialhilfe beziehen, hat sich von 2005 bis 2024 mehr als verfünfacht. Auch insgesamt ist der Anteil an Langzeitbeziehenden über die Zeit gestiegen. Heute beziehen rund 45 Prozent der Bezügerinnen und Bezüger zwei und mehr Jahre lang Sozialhilfe – 2005 waren es noch knapp 26 Prozent. Zwar hat sich der Trend zum längeren Sozialhilfebezug in den vergangenen Jahren etwas abgeschwächt beziehungsweise in den letzten beiden Jahren sogar wieder gedreht. Von einer nachhaltigen Trendumkehr kann jedoch noch nicht gesprochen werden.

Fokus auf Arbeitsmarktintegration

Die Initiative der JSVP ist sicherlich kein Allheilmittel. Bereits heute kann der Grund-

bedarf um bis zu 30 Prozent gekürzt werden, wenn Auflagen oder Weisungen nicht befolgt werden. Ebenso verursacht die Initiative administrativen Aufwand. Dennoch weist die Initiative auf ein effektives Problem hin. Der Fokus muss weiterhin darauf liegen, Sozialhilfebeziehende gezielt zu unterstützen, damit sie den Weg zurück in den Arbeitsmarkt finden. Der AIHK hat deshalb die JA-Parole zur Initiative «Arbeit muss sich lohnen» beschlossen.



Sebastian Rippstein

Wirtschaftspolitischer Mitarbeiter

Klimafonds-Initiative: teuer und nicht nachhaltig

Anfang März 2026 kommt die Klimafonds-Initiative zur Abstimmung. Sie sieht jährliche Zusatzausgaben von bis zu zehn Milliarden Franken vor, umgeht die Schuldenbremse und bringt trotzdem wenig zusätzliche Klimawirkung.

Nach der Abstimmung ist vor der Abstimmung: Erst hat das Volk «Nein» zur JUSO-Initiative Ende November gesagt, folgt am 8. März 2026 bereits eine ähnlich gelagerte Vorlage: Die Klimafonds-Initiative.



Mehrkosten von bis zu zehn Milliarden Franken – jährlich

Die Initiative verlangt zusätzliche Bundesausgaben von jährlich fünf bis zehn Milliarden Franken für Klimaschutzmassnahmen. Um die tatsächlichen Kosten zu verschleiern, wollen die Initiantinnen und Initianten die Schuldenbremse umgehen: In den Übergangsbestimmungen soll das Geld am ordentlichen Budget vorbei in einen Fonds fliessen. So würden sich innerhalb von zehn Jahren Schulden von rund 100 Milliarden Franken anhäufen – so viel wie ein ganzer Bundeshaushalt. Allein die Zinskosten würden in dieser Zeit über fünf Milliarden Franken betragen – mehr als die heutigen Ausgaben für Landwirtschaft oder Entwicklungshilfe. Langfristig ist eine Finanzierung über Schulden wegen der Grundforderung der Schuldenbremse – Ausgaben und Einnahmen sollen auf Dauer im Gleichgewicht sein – nicht möglich. Entsprechend drohen Steuererhöhungen von bis zu zehn Milliarden Franken pro Jahr. Die finanzielle Belastung würde den kommenden Generationen aufgebürdet – von nachhaltigem Wirtschaften kann dabei keine Rede sein.

Die Schweiz verfügt bereits über effiziente Klimaschutz-Instrumente

Die Initiative ist nicht nur finanziell teuer, sondern auch klimapolitisch ineffizient. Die Schweiz hat mit dem Klima- und Innovati-

onsgesetz, dem CO₂-Gesetz sowie den Energie- und Stromversorgungsgesetzen einen bewährten Instrumentenmix. Bereits heute fliessen jährlich mindestens 14 Milliarden Franken an staatlichen Mitteln in die Dekarbonisierung. Die Emissionen liegen rund 26 Prozent unter dem Niveau von 1990, trotz Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum. Ein riskanter Systemwechsel ist nicht nötig – das bestätigen auch Bundesrat und Parlament, die die Initiative klar ablehnen.

Innovationsbasierte Ansätze sind sinnvoller als die Einrichtung eines Fonds

Ein Blick ins Ausland zeigt zudem, dass grosse Fonds oft ineffizient sind: Beim EU-Klimafonds kommen nur rund fünf Prozent der bewilligten Mittel tatsächlich an, der Rest versickert in Bürokratie. Außerdem hört der Klimaschutz nicht an der Grenze auf: Es braucht internationale Wirkung statt nationale Schuldenpolitik.

Die Schweiz kann mit ihrer Innovationskraft global mehr bewirken als mit einem teuren Fonds auf Kosten künftiger Generationen.



Anna Fuss

Leiterin Kommunikation

«Professional Bachelor» wird eingeführt

In der Wintersession hat sich das Parlament für das Massnahmenpaket zur Stärkung der Höheren Berufsbildung ausgesprochen. Damit ist auch die Einführung der Titelzusätze bestätigt.

Der Nationalrat hat sich nach dem Ständerat in der Wintersession für das breit abgestützte Massnahmenpaket zur Stärkung der Höheren Berufsbildung (HBB) ausgesprochen. An der Schlussabstimmung haben beide Räte ihre Entscheidungen bestätigt. Damit soll sich die nationale und internationale Wahrnehmung der HBB verbessern. Außerdem wird mit der Einführung der Titelzusätze «Professional Bachelor/Master» die Gleichwertigkeit zu den Hochschulabschlüssen sichtbarer gemacht.

Abstimmungsvorschau 2026: Dichtes Programm

Das Abstimmungsjahr 2026 bringt eine aussergewöhnliche Dichte an eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen. Einige Vorlagen werden wegweisend sein für die Qualität des Wirtschaftsstandorts Schweiz.

Dieser Artikel soll einen kurzen Überblick über die wichtigsten Vorlagen geben. Die Klimafonds-Initiative und die kantonale Initiative «Arbeit muss sich lohnen» sind in zwei separaten Artikeln dieser Publikation genauer erläutert. Über die Finanzierung der 13. AHV-Rente haben wir bereits in der Dezember-Ausgabe 2025 berichtet.

JA zur Individualbesteuerung

Das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung ist der indirekte Gegenvorschlag zur Steuergerechtigkeitsinitiative der FDP-Frauen. Sollte das Stimmvolk im März den Gegenvorschlag annehmen, wird die Steuergerechtigkeitsinitiative zurückgezogen.

Mit dem Bundesgesetz über die Individualbesteuerung soll ein Wechsel von der gemeinsamen Besteuerung eines Ehepaars hin zu einer individuellen Besteuerung erfolgen – und damit die sogenannte Heiratsstrafe abgeschafft werden. Aufgrund des progressiven Steuersatzes werden Doppelverdiener-Ehepaare heute stärker besteuert als Nichtverheiratete. Damit werden falsche Anreize geschaffen, da es sich für Zweitverdienende je nach Lohnsumme lohnt, ihr Pensum zu reduzieren, um Steuern einzusparen. Dies ist vor allem auf Bundesebene relevant – auf Kantonebene wurde die Heiratsstrafe weitestgehend abgeschafft. Der AIHK Vorstand hat die Ja-Parole zur Individualbesteuerung beschlossen. Mittels einer zivilstandsunabhängigen Besteuerung sollen positive Arbeitsanreize gesetzt werden. Aufgrund des demografischen Wandels wird es je länger, je wichtiger, dass das gesamte Arbeitskräftepotenzial ausgenutzt wird.

NEIN zur SRG-Initiative

Ebenfalls im März zur Abstimmung kommt die SRG-Initiative. Diese will die Abgabe für Radio und Fernsehen für Haushalte von heute 335 Franken auf 200 Franken reduzieren. Ausserdem sollen die Unternehmen ganz von der Abgabepflicht befreit werden.



2026 kann die Schweizer Stimmbevölkerung über zahlreiche Vorlagen abstimmen. Von einer umfassenden Änderung des Steuersystems bis zur Begrenzung der Bevölkerung stehen wichtige Entscheide an.

Das Initiativkomitee begründet die Budgetkürzung damit, dass die Schweizer Bevölkerung weltweit die höchsten Radio- und Fernsehgebühren bezahlt und junge Personen heute immer weniger SRG-Formate konsumieren. Ebenso kritisiert das Komitee die hohen Gebühren fürs Gewerbe.

Der AIHK Vorstand kann die Kritik teilweise nachvollziehen: Die Unternehmen müssen entlastet werden, denn sie nutzen in den meisten Fällen keine SRG-Inhalte. Dennoch

erachtet er die Initiative als zu einschneidend. Die Budgetkürzung gefährdet die wichtige Rolle der SRG in unserer Demokratie. Sie fungiert als zentrale Informationsvermittlerin von Behörden und Unternehmen an die Bevölkerung. Die AIHK vertraut darauf, dass der Medienminister Albert Rösti und die SRG den Handlungsbedarf erkannt haben und das bereits gestartete Sparprogramm konsequent umsetzen. Bis 2027 sollen rund 80 Prozent der Unternehmen von der Abgabe befreit wer-

Vorschau Abstimmungen 2026

8. März (definitiv)	14. Juni oder 27. September	27. September oder 29. November
<p>Bund</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» und direkter Gegenentwurf ■ SRG-Initiative (200 Franken sind genug) ■ Klimafonds-Initiative ■ Bundesgesetz über die Individualbesteuerung 	<p>Bund</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» bzw. «Chaos-Initiative» ■ Referendum «Erschwerung Zivildienst» 	<p>Bund</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Referendum Kriegsmaterialgesetz ■ Kita-Initiative ■ Finanzierung 13. AHV ■ Volksinitiative für eine Einschränkung von Feuerwerk ■ Referendum Entlastungspaket 27 ■ Volksinitiative «Blackout stoppen» und indirekter Gegenvorschlag ■ Referendum GAV-Mindestlöhne
<p>Kanton</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Volksinitiative «Arbeit muss sich lohnen» ■ Volksinitiative «Blitzerabzocke stoppen» 	<p>Kanton</p> <ul style="list-style-type: none"> ■ Volksinitiative «Bildungsqualität sichern – JETZT!» 	

den. Entsprechend empfiehlt der AIHK Vorstand die Initiative abzulehnen.

Bargeld ist Freiheit:

JA zum Gegenvorschlag

Die Bargeld-Initiative fordert, dass Münzen oder Banknoten stets in genügender Menge zur Verfügung stehen. Außerdem soll ein allfälliger Ersatz des Schweizerfrankens durch eine andere Währung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet werden. Der Bundesrat erkennt die Bedeutung von Bargeld für die Wirtschaft und Gesellschaft und hat die Anliegen der Initianten mit einem direkten Gegenentwurf aufgenommen und präzisiert. Die Bundesverfassung soll um zwei Sätze ergänzt werden: «Die Schweizerische Währung ist der Franken» und «Die Schweizerische Nationalbank gewährleistet die Bargeldversorgung».

Der AIHK Vorstand hat sich mit der Initiative und dem direkten Gegenentwurf auseinandergesetzt und empfiehlt die Initiative abzulehnen und dem indirekten Gegenentwurf zuzustimmen. Für die Wirtschaft ist wichtig, dass die Wahlfreiheit im Zahlungsverkehr gegeben ist. Dies ist mit Annahme des direkten Gegenentwurfs gegeben.

NEIN zur Chaos-Initiative

Die Initiative der SVP will die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis zum

Jahr 2050 auf unter 10 Millionen Personen begrenzen. Nimmt die Stimmbevölkerung die Initiative an, muss der Bundesrat Massnahmen treffen, sobald die ständige Wohnbevölkerung 9,5 Millionen Personen überschreitet. Die Massnahmen sollen insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug getroffen werden.

Der AIHK Vorstand hat die Nein-Parole zur Volksinitiative beschlossen. Er erachtet die Initiative aus wirtschaftlicher Sicht als gefährlich, da sie letztendlich verlangt, dass der Bundesrat das Freizügigkeitsabkommen mit der EU kündigt, sollten die anderen Massnahmen nicht ausreichend sein. Gerade die Personenfreizügigkeit ist jedoch für die Wirtschaft von grosser Wichtigkeit. Um den Fachkräftebedarf abzudecken, ist sie auf den europäischen Arbeitsmarkt angewiesen.

Blackout-Initiative

Höchstwahrscheinlich wird es auch die Volksinitiative «Blackout stoppen» ins Abstimmungsjahr 2026 schaffen. Die Initiative befasst sich mit der für die Wirtschaft essenziellen Strom-Versorgungssicherheit. Die Strommangellage ist zwar weitestgehend aus den Gedanken der Bevölkerung verschwunden – die Problematik von Engpässen in der Stromversorgung in den späten Wintermonaten ist jedoch nach wie vor nicht gelöst. Die Volksinitiative möchte einerseits den Bund für die

Stromversorgung verantwortlich machen und andererseits alle klimaschonenden Arten der Stromerzeugung als zulässig erklären.

Der Bundesrat hat der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenübergestellt und möchte das Kernenergiegesetz so anpassen, dass neue Kernkraftwerke in der Schweiz wieder bewilligt werden können. Eine Abkehr von der gegenwärtigen Arbeitsteilung und Verantwortlichkeiten zwischen Gemeinden, Kantonen und Bund lehnt er aber ab.

Der AIHK Vorstand hat noch keine Parole zur Blackout-Initiative gefasst. Die Aufhebung des Neubaeverbots von Kernkraftwerken entspricht jedoch einer langjährigen Forderung der AIHK. Die Wirtschaft ist auf eine sichere und kostengünstige Energieversorgung angewiesen. Ein Technologieverbot kann sich die Schweiz folglich nicht leisten – möchte die Schweiz und insbesondere auch der Aargau als Industrie- und Energiekanton weiterhin attraktiv bleiben.



Sebastian Rippstein

Wirtschaftspolitischer Mitarbeiter



Stimme der Wirtschaft

Wir setzen uns für einen attraktiven Wirtschaftsstandort mit optimalen Rahmenbedingungen im Kanton ein. Dazu gehören die Erhaltung der Industrie, der Ausbau wertschöpfungsintensiver Dienstleistungen und die Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Aargauer Unternehmen. Wir diskutieren bei wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen mit und vertreten klare Positionen.



Rechtsberatung

Wir bieten unseren Mitgliedern umfangreiche Unterstützung zu arbeitsrechtlichen Belangen. Zudem sind unsere Juristinnen und Juristen Anlaufstelle bei unternehmensrelevanten juristischen Fragestellungen. In unseren Publikationen informieren wir über juristische Themen und stellen umfassende Informationen sowie Vorlagen und Muster zur Verfügung.



AHV-Ausgleichskasse und Familienausgleichskasse

Die Ausgleichskasse der AIHK übernimmt für ihre Mitglieder die Aufgaben einer Verbandsausgleichskasse: Dazu gehören der ordentliche Beitragsbezug für AHV/IV/EO und ALV sowie die Ausrichtung von Leistungen der EO und Renten der AHV/IV. Die Familienausgleichskasse rechnet Familien- und Ausbildungszulagen ab. Sie besitzt eine Betriebsbewilligung für alle Kantone.



Netzwerk und Veranstaltungen

Wir vernetzen Entscheidungsträger aus Unternehmen und Politik und organisieren grosse und kleine Netzwerkanlässe, Seminare, Podiumsgespräche und Workshops. In Regionalgruppen und HR-Netzwerken sind die Mitglieder untereinander vernetzt, sprechen sich zu regionalen Themen ab und bringen sich mit starker Stimme in ihrer Region ein.



Export

Unser Exportteam berät zu spezifischen Exportthemen und informiert über wichtige Änderungen im Exportbereich. Die AIHK stellt Exportdokumente wie Carnets ATA aus und beglaubigt nichtpräferentielle Ursprungszeugnisse. Mitglieder profitieren bei einigen Dienstleistungen von vorteilhaften Konditionen. Schulungen runden das Angebot ab.



Zugang zum Know-how der FHNW über fitt.ch

Über die Wissens- und Technologietransferstelle fitt.ch erhalten Mitglieder Zugang zur Expertise der Fachhochschule Nordwestschweiz. Dank der Fachkompetenz und den hochwertigen Einrichtungen werden technologische und betriebswirtschaftliche Fragestellungen ebenso bearbeitet wie Herausforderungen bei der digitalen Transformation, der Globalisierung oder der Nachhaltigkeit.

Aargauische Industrie und
Handelskammer AIHK
AIHK Impulse
Retouren an:
Postfach 2128
Post CH AG

AZB
CH-5001 Aarau 1
P.P./Journal
Post CH AG

Herausgeberin
Aargauische Industrie- und
Handelskammer AIHK
Entfelderstrasse 11 | CH-5001 Aarau

Schalter und Lieferungen:
Schachenallee 29 | CH-5000 Aarau

+41 62 837 18 18
info@aihk.ch | www.aihk.ch

Folgen Sie uns auf Social Media

Redaktion

Anna Fuss (Redaktionsleitung),
Beat Bechtold, Sebastian Rippstein,
Andreas Rüegger, Marlies Hämmerli

Bildnachweis

Beni Basler: 1, 3, 4
zVg: 2, 5, 9
KI generiert: 2, 10
Adobe Stock: 2, 7

Titelbild

Fischer Reinach AG, Reinach

Gestaltung und Druck

Monika Frey,
Kromer Print AG, Lenzburg

**gedruckt in der
schweiz**



Aargauische Industrie-
und Handelskammer